

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Stephan Brandner, Siegbert Droese, Wilhelm von Gottberg, Karsten Hilse, Johannes Huber, Jörn König, Christoph Neumann, Jürgen Pohl, Dr. Dirk Spaniel und der Fraktion der AfD

Für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika – Wertschöpfungsketten schaffen statt Lieferkettengesetz

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist seit 2015 – inklusive dem am 2. Juli 2020 beschlossenen zweiten Nachtragshaushalt der Bundesregierung – von 6,5 Milliarden Euro auf rund 12,43 Milliarden Euro im Jahr 2020 stetig angestiegen.

Die deutsche Entwicklungspolitik ist verteilt auf unzählige staatliche, politische, private und kirchliche Akteure, welche mit deutschem Steuergeld ihre jeweils eigenen Ziele verfolgen, wobei aber selten bis keine eine wertschöpfende, wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern stattfindet. Dies führt seit nunmehr 60 Jahren zu einer Aufrechterhaltung des Gießkannenprinzips, dass zu keinerlei nachhaltiger und guter Entwicklung in Entwicklungsländern, insbesondere nicht in den afrikanischen Partnerstaaten führt. Im Gegenteil schafft diese Form der Entwicklungshilfe eine fortwährende Abhängigkeit. Wie die sambisch-amerikanische Ökonomin Dambisa Moyo feststellt, gibt es kein Land der Welt, das durch Entwicklungshilfe ein signifikantes Wirtschaftswachstum und eine Verringerung der Armut erfahren hat.

Entwicklung braucht wirtschaftliche Anreize, welche nur durch eine nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgestaltete Entwicklungszusammenarbeit angeregt werden kann. Es ist erforderlich, eine neue, kohärente, effektive und effiziente sowie auf gegenseitigen Interessen ausgerichtete afrikapolitische Strategie zu schaffen.

Kern dieser neuen Strategie muss die politische Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft sein und damit einhergehend die Schaffung und Sicherung von produktiven und wertschöpfenden Arbeitsplätzen in Deutschland und den in Frage kommenden afrikanischen Partnerstaaten. Nur durch eine prosperierende Wirtschaft ist sichergestellt, dass breitenwirksam Wohlstand geschaffen wird und damit dauerhaft entwicklungsrelevante Herausforderungen, wie beispielsweise in den Sektoren Bildung und Gesundheit, eigenverantwortlich sowie kulturadäquat gelöst werden können.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. dem auf der christlichen Soziallehre fußenden Subsidiaritätsprinzip („Hilfe zur Selbsthilfe“) im Rahmen der künftigen Zusammenarbeit uneingeschränkte und absolute Geltung zu verschaffen;
 2. eine ressortübergreifende kohärente afrikapolitische Strategie auszuarbeiten, deren Fokus auf deutschen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen liegt. Dabei soll sichergestellt werden, dass die Interessen der in Frage kommenden afrikanischen Partnerstaaten angemessene Berücksichtigung finden;
 3. damit einhergehend die Anzahl der afrikanischen Partnerstaaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit interessensgerecht zu reduzieren;
 4. laufende Vorhaben und Maßnahmen mit reiner Umverteilungsfunktion unverzüglich zu beenden;
 5. durch reine Zuschüsse finanzierte Vorhaben und Maßnahmen auf ein erforderliches Maß zu reduzieren;
 6. Vorhaben und Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt auszubauen, die nachgewiesen geeignet sind privates Kapital zu mobilisieren, hierdurch insbesondere deutsche Privatinvestitionen in ausgewählten afrikanischen Partnerstaaten entwicklungspolitisch zu fördern, eng zu begleiten sowie angemessen gegen Risiken abzusichern;
 7. die geschaffenen Entwicklungsinvestitionsfonds aufzufüllen und attraktiver sowie effektiver für die entsprechenden Zielgruppen zu gestalten;
 8. die deutsche Privatwirtschaft erheblich stärker in die neue Strategie der Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden afrikanischen Partnerstaaten einzubinden;
 9. Investitionsgarantien und weitere Absicherungsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen und Investitionen in den afrikanischen Partnerstaaten auszuweiten und zu erleichtern;
 10. den Aufbau von industriellen Verarbeitungskapazitäten als strategisches Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit festzulegen und die diesbezüglichen komparativen Vorteile auszubauen sowie hierbei insbesondere die Landwirtschaft als Schlüsselfaktor für die Entwicklung der afrikanischen Partnerstaaten zu berücksichtigen;
 11. die Bemühungen der Afrikanischen Union zur Schaffung eines panafrikanischen Binnenmarkts politisch zu unterstützen;
 12. bei rohstoffreichen afrikanischen Partnerstaaten die wirtschaftliche Zusammenarbeit darauf auszurichten, die Verarbeitungs- und Veredelungskapazitäten der entsprechenden Rohstoffe interessensgerecht zu fördern;
 13. die Achtung der kulturellen Identitäten zu einem grundlegenden Prinzip der deutschen Zusammenarbeit zu erheben und damit dem universellen Werteimperialismus der bisherigen Entwicklungspolitik endgültig abzusagen;
 14. die Potenziale der Digitalisierung in der Umsetzung und Steuerung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur Effektivitäts- und Effizienzsteigerung zu nutzen;
 15. die bisherigen den deutschen und partnerstaatlichen Wirtschaftsinteressen widersprechenden Bestrebungen für ein nationales Lieferkettengesetz unverzüglich einzustellen.

Berlin, den 20. November 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Die Afrikapolitik der Bundesregierung muss einen Paradigmenwechsel vollziehen. Insbesondere in der Entwicklungszusammenarbeit wird es Zeit für ein Umdenken von klassischer Entwicklungshilfe zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Grund dafür: Entwicklungshilfe hat seit 60 Jahren nicht zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum geführt. Seit Jahrzehnten sind die Staaten des afrikanischen Kontinents in erster Linie Empfänger von Zuwendungen westlicher Staaten. Diese hat allerdings nicht dazu beigetragen, produktive Arbeitsplätze zu schaffen. Um dauerhaftes Wachstum und vor allem Arbeitsplätze zu schaffen, müssen die afrikanischen Volkswirtschaften durch Industrialisierung diversifiziert und Wertschöpfung vor Ort gefördert werden. Bisher ist Subsahara-Afrika die am wenigsten industrialisierte Region der Welt: so hatte Afrika im Jahr 2016 einen Anteil von 2,9 Prozent am weltweiten Bruttoinlandsprodukt (siehe www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papire/Afrika_Globalisierung.pdf und www.diw.de/sixcms/detail.php?id=285549).

Seit rund 60 Jahren ist die internationale Gebergemeinschaft der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) darum bemüht, die Lebensverhältnisse der weltweit von Armut betroffenen Menschen zu verbessern. Die Bilanz der öffentlichen Entwicklungshilfe fällt jedoch trotz stetig steigender Ausgaben in Milliardenhöhe nüchtern aus. Allen voran die Länder Afrikas südlich der Sahara gehören auch nach Jahrzehnten massiver Hilfeleistungen noch immer zu den ärmsten Regionen der Welt. Dabei erhielten gerade diese Länder die meisten finanziellen Hilfen. Auch der deutsche Entwicklungsetat ist seit 2015 von 6,5 Milliarden Euro auf gut 12,43 Milliarden Euro im Jahr 2020 angestiegen.

Eine Analyse des Bundesentwicklungsetats zeigt jedoch, dass marktwirtschaftliche Überlegungen für die Bundesregierung eine untergeordnete Rolle spielen, denn der im Juni 2019 für deutsche und europäische Unternehmen geschaffene Entwicklungsinvestitionsfonds beträgt nur 1 Milliarde Euro (www.bmz.de/de/presse/aktuelle-Meldungen/2019/juni/190604_pm_029_Minister-Mueller-startet-Entwicklungsinvestitionsfonds-Neue-Marktchancen-in-Afrika-durch-nachhaltige-Investitionen/index.html).

Die Erfahrungen mit den sogenannten „asiatischen Tigerstaaten (Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) haben gezeigt, dass wirtschaftliche Entwicklung durch Liberalisierung, Industrialisierung und Schaffung von Arbeitsplätzen erfolgt (www.ihk-nuernberg.de/de/IHK-Magazin-WiM/WiM-Archiv/WIM-Daten/2014-06/ihk-welt/die-tigerstaaten-wachsen-kraeftig). Das afrikanische Ergebnis zeigt hingegen, dass auch die größten Finanztransfers im Rahmen der Entwicklungshilfe keinen Erfolg garantieren. Deswegen wird Entwicklungshilfe zunehmend auch von afrikanischen Ökonomen kritisiert. Beispielsweise fordert James Shikwati seit einigen Jahren, die Entwicklungshilfe „um Himmels Willen zu stoppen“. Shikwati argumentiert, dass Entwicklungshilfe eher die politische Industrie befördert als die Wirtschaft oder die Produktivität vor Ort. Stattdessen plädiert er für Industrialisierungsbemühungen und Direktinvestitionen, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung führen (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/interview-mit-james-shikwati-wer-afrika-helfen-will-darf-kein-geld-geben-1437005.html).

Nach Ansicht der Antragsteller sollte daher die Förderung vom unternehmerischen Handeln durch die Förderung von Privatinvestitionen sowie deren politische Flankierung in Afrika vorrangiges Ziel der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Afrika sein. Die Menschen in Afrika sollten als wirtschaftliche Partner und nicht als Bedarfsempfänger betrachtet werden. Nur so kann es gelingen, dass sich Afrika von der ewigen Alimentierung befreit. Deutsche Investitionen sowie die Schaffung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen müssen dabei im Zentrum der künftigen afrikapolitischen Agenda stehen.

So wird, am Beispiel der Wertschöpfungskette afrikanischer Baumwolle, der Weiterverarbeitungsprozess und damit der Großteil der Wertschöpfung außerhalb des Ursprungslandes vollzogen: Afrikanische Baumwolle wird zu erheblichen Anteilen nach China und in andere asiatische Länder exportiert, um dort in der asiatischen Textilindustrie für den europäischen Konsummarkt verarbeitet zu werden (siehe Südwind-Studie von Mai 2014 „Afrikas Weißes Gold. Ein moderner Dreieckshandel“, Kapitel 4 „Europa im textilen Dreieckshandel“, Seite 23).

Der Fall Nigeria ist ein weiteres Beispiel für solche Dysfunktionalitäten: Nigerias Abhängigkeit von Erdöleinnahmen ist sehr hoch. Der Erdölsektor erwirtschaftet 90 % der Exporteinnahmen und über 60% der Staatseinnahmen. Die tägliche Förderleistung liegt derzeit bei ca. 2 Mio. Barrel pro Tag. Für die Verarbeitung seines Rohöls verfügt Nigeria über vier Raffinerien mit einer Gesamtkapazität von 445.000 Barrel pro Tag. Trotz der vier Raffinerien muss Nigeria nach wie vor einen Großteil des Benzins für den Eigenbedarf importieren (www.liportal.de/nigeria/wirtschaft-entwicklung/).

Die Abhängigkeit der afrikanischen Wirtschaften vom Rohstoffexport bzw. von der Preisentwicklung an den Rohstoffbörsen ist neben der meist fehlenden Rechtssicherheit ein Faktor, der die Fragilität dieser Volkswirtschaften erklärt. Denn einerseits sind die afrikanischen Länder stark vom Export von Rohstoffen - Öl, Kakao, Baumwolle usw.- abhängig, die ihre Preise mit dem aktuellen Corona-bedingten Rückgang der weltweiten Nachfrage sinken sehen. Nach UNCTAD-Daten (United Nations Conference on Trade and Development) beträgt der Rückgang der Rohstoffpreise zum 25. März 2020 insgesamt 37 % im Jahresvergleich. Er beträgt 55 % für Kohlenwasserstoffe; der Preis für Kakao fiel um 11 % und der für Baumwolle um fast 23 % (Bericht UNCTAD März 2020, The Covid-19 Shock to Developing Countries: 1. Tabelle, Seite 7, https://unctad.org/en/PublicationsLibrary/gds_tdr2019_covid2_en.pdf). Auf der anderen Seite sind afrikanische Länder Importeure von Gütern des Grundbedarfs, deren Lieferketten durch die Corona-Krise stark gestört sind. Der mit der Verschlechterung der Terms of Trade verbundene Rückgang des Exportvolumens wird daher zu einem Problem der Nachhaltigkeit der Außenhandelskonten dieser Länder führen. Die afrikanischen Eliten und die Afrikanische Union haben bereits verstanden, dass die Hauptvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung der afrikanischen Wirtschaften eine umfassende wirtschaftlichen Diversifizierung ist, und zur Schaffung von mehr Wertschöpfung und Arbeitsplätzen auf dem Kontinent viele Anstrengungen in den Bereichen Infrastruktur und Industrialisierung unternommen. Nach Ansicht der Antragsteller müssen diese Anstrengungen der afrikanischen Länder und der afrikanischen Union fortgesetzt werden und es ist auch eine Chance für Deutschland, sich jetzt als verlässlicher wirtschaftlicher Partner Afrikas zu positionieren und das liegt im Deutschen Interesse.

Eine Neuausrichtung der deutsch-afrikanischen Zusammenarbeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in Afrika und für Afrika ist daher dringend erforderlich. Im Rahmen dieser neuen deutsch-afrikanischen Kooperation müssen die wirtschaftliche Produktivität und den wirtschaftlichen Nutzen für die beiden Seiten viel stärker betont werden. Die Hauptsäulen der afrikanischen Wirtschaftsstrategie für Wachstum und Entwicklung soll als neue Grundlage der deutsch-afrikanischen Kooperation dienen. Diese Hauptsäulen der afrikanischen Wirtschaftsstrategie umfassen folgende Sektoren: Infrastruktur und Energie, die Schaffung eines afrikanischen Binnenmarkt und die neue afrikanische Rohstoffstrategie (diese letzte Säule sieht einen umfassenden Industrialisierungsplan für den gesamten afrikanischen Kontinent vor (<https://au.int/en/videos/20190101/african-commodities-strategy>)).

In ihrer neuen afrikanischen Rohstoffstrategie sieht die afrikanische Union die Rohstoffe, von denen die afrikanischen Länder abhängig sind, nicht mehr als ewige Rente - was sie auch nicht sind – sondern eher als eine Chance, ihre Volkswirtschaften umzugestalten. Wenn es ein Land gibt, dessen Eliten mit den gleichen Chancen und Herausforderungen konfrontiert waren, die mit natürlichen Ressourcen verbunden sind, und das die afrikanischen Eliten genau untersuchen oder wovon sie sich inspirieren lassen sollten, dann ist es Malaysia. Malaysia verfügte ursprünglich über eine Wirtschaftsstruktur, die mit derer der afrikanischen Länder vergleichbar war, da es auf den Export von Rohstoffen wie Zinn, Gummi, Palmöl und Öl angewiesen war. Zum Zeitpunkt des ersten Ölschocks im Jahr 1973 lag das reale Pro-Kopf-Einkommen Malaysias bei 2400 US-Dollar auf einem Niveau, das mit dem der afrikanischen Länder südlich der Sahara zur gleichen Zeit vergleichbar war (durchschnittlich 1460 US-Dollar). Im Jahr 2018, 45 Jahre später, hat sich das reale Pro-Kopf-Einkommen Malaysias auf 12.120 US-Dollar verfünffacht, während das der afrikanischen Länder mit durchschnittlich 1.660 US-Dollar praktisch unverändert geblieben ist. Heute ist die Armut in Malaysia beträchtlich gesenkt. Dies gelang den malaysischen Eliten, indem sie die natürlichen Ressourcen als Chance nutzten, ihre Wirtschaft zu verändern, insbesondere durch Industrialisierung und Infrastruktur (www.lepoint.fr/afrique/covid-19-pourquoi-l-afrique-doit-changer-de-paradigme-27-04-2020-2373046_3826.php).

Nach Ansicht der Antragsteller ist die Landwirtschaft der Schlüsselfaktor für Afrikas Aufstieg. Denn der Agrarsektor stellt rund 60 Prozent aller Arbeitsplätze in Afrika südlich der Sahara. Deswegen sind die Regierungen der afrikanischen Staaten und die Afrikanische Union derweil bestrebt, die Industrialisierung der afrikanischen Landwirtschaft voranzutreiben, die afrikanischen Wertschöpfungsketten zu entwickeln und somit die Industrie festigen und es der afrikanischen Landwirtschaft ermöglichen, einen Massenmarkt zu bedienen (<https://au.int/en/agenda2063/goals>). Besonders schlecht ist die aktuelle landwirtschaftliche Situation in der Sahelzone. Das Sahelgebiet ist eine Übergangszone zwischen der Sahara und feuchteren Gebieten. Die Landwirtschaft ist in dieser Region stark eingeschränkt und die Zeitfenster für die Aussaat sind sehr eng, manchmal nur wenige Tage lang. Außerdem ist das verwendete Saatgut ein Problem. Darüber hinaus müssen Kulturen gezielt vorangetrieben werden, die recht rentabel sein können, wie zum Beispiel der Gemüseanbau. Um die Sahelzone zu ernähren, müssen also die Ernteerträge gesteigert werden. Nach Ansicht der Antragsteller besteht die Lösung nicht darin, dass Europa seine Weizenproduktion problemlos verdoppelt und nach Afrika schickt. Die Sahelzone

muss ihre eigene landwirtschaftliche Produktivität entwickeln. Die Länder der Sahelzone – Niger, Mauretanien, Mali, Burkina-Faso und Tschad – entwickeln bereits Strategien, um ihre landwirtschaftliche Produktivität zu steigern, bzw. um ihre Bürger zu ernähren, da sich ihre Bevölkerung bis 2050 wohl verdoppeln wird. Die nationalen Institute für Agrarforschung in den Sahel-Ländern haben gemeinsam die Erklärung von Ouagadougou verabschiedet. Diese Erklärung hat die Absicht, die landwirtschaftlichen Ziele der Sahel-Allianz zu unterstützen (www.cirad.fr/actualites/toutes-les-actualites/communiqués-de-presse/2018/alliance-sahel-la-recherche-agricole-intensifie-ses-efforts-au-service-du-developpement). Nach Ansicht der Antragsteller sollte die Bundesregierung genau solche bestehende afrikanische Initiativen und Synergien zur Steigerung der afrikanischen landwirtschaftlichen Produktivität mit deutschen Investitionen, deutschen Technologien und deutschem Wissen unterstützen.

Die Antragsteller plädieren für ein afrikanisches Entwicklungsmodell am Beispiel Malaysias; Ein Entwicklungsmodell, das die Industrialisierung der afrikanischen Volkswirtschaften als Zielsetzung festlegt. Mit diesem neuen Modell würde eine neue deutsch-afrikanische Kooperation entstehen, die nicht konträr zu den eigenen afrikanischen Entwicklungszielen steht und deren Nutzen sowohl auf afrikanischer als auch auf deutscher Seite ist.

Die tiefen strukturellen Probleme der afrikanischen Volkswirtschaften können nicht mit Entwicklungshilfe gelöst werden. Seit 1960 wurden schätzungsweise bis zu 4000 Milliarden Dollar an Hilfe in den afrikanischen Kontinent investiert, gleichzeitig wurden vielen afrikanischen Ländern ihre Schulden erlassen. Doch Afrikas Armut erweist sich deshalb als hartnäckig, weil die in Afrika dringend benötigten Arbeitsplätze nicht durch Entwicklungshilfe entstehen (www.handelsblatt.com/hilfen-fuer-afrika-afrikaexperten-und-unternehmer-fordern-ein-radikales-umdenken-in-der-entwicklungspolitik/23194576.html?ticket=ST-2905019-OaFDcUA2ZhxXqeYp1YCC-ap1).

In den kommenden 20 Jahren müssten die afrikanischen Regierungen 450 Millionen Jobs in Afrika schaffen, um der rasanten Jugendarbeitslosigkeit Herr zu werden (www.dandc.eu/de/article/afrika-braucht-450-millionen-neue-jobs-um-von-der-demografischen-dividende-profitieren-zu). Da ihre Volkswirtschaften jedoch immer noch vom Export von Rohstoffen abhängen, deren Preise sie nicht bestimmen können, werden sie die dringend benötigten Arbeitsplätze nicht schaffen können.

Für eine neue Afrikastrategie fordern die Antragsteller ein grundlegendes Umdenken, weg vom Helfersyndrom hin zur Besinnung Afrikas auf seine eigenen Stärken und Verantwortung. Die Anstrengungen der Afrikaner sollten mit deutscher Technologie und mit einer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterstützt werden, damit auf beiden Seiten Teilhabe und Wertschöpfung entstehen: Das ist „Hilfe zur Selbsthilfe“.

